

Transformation

Alles anders, aber wie?



Foto: Attac

Inhalt

Hintergrund

- Zivilgesellschaft vs. AfD – 2 –
- Krankenhaus»reform« – 3 –
- Inflationspolitik – 4 –
- »Grüner« Wasserstoff – 5 –
- Öffentlicher Verkehr – 8 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

- Debattentag in Duisburg – 9 –
- #isso Webinarreihe – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Junges Attac: Material – 11 –

Angesichts von Klimakrise und schwächelnder Konjunktur ist überall von der Transformation der Wirtschaft die Rede. Wirtschaftsminister Habeck will die Energieversorgung transformieren. RWE soll nicht mehr an schmutziger Braunkohle verdienen, sondern an grünem Wasserstoff aus Namibia. Dafür finanziert die Bundesregierung die nötigen Infrastrukturmaßnahmen und macht ihren politischen Einfluss im Interesse des Konzerns geltend. Bundeskanzler Scholz verspricht Vollbeschäftigung, wenn die deutsche Wirtschaft eine Transformation zu Klimaneutralität und Digitalisierung schafft. Dafür mobilisiert er Milliarden aus dem Klima- und Transformationsfonds, um eine private Halbleiterfabrik in Dresden zu subventionieren.

Aber ist das die Transformation, die wir brauchen? Es ist gut, dass Länder wie Namibia in die Lage versetzt werden, nachhaltige Energie zu erzeugen. Aber nicht, um dann in erster

Linie als Rohstofflieferant für Industrieländer wie Deutschland zu dienen. Namibia sollte die Energie zunächst vor Ort nutzen, um schmutzigen Strom aus Braunkohle aus Südafrika zu ersetzen und die eigene ökonomische Entwicklung voranzubringen. Und es ist gut, wenn der Staat Infrastrukturprojekte fördert. Aber er muss dies an soziale und ökologische Bedingungen knüpfen und darf sich nicht darauf verlassen, dass für die Allgemeinheit am Ende ein Benefit abfällt, nachdem sich die privaten Anteilseigner ihre Rendite in die Tasche gesteckt haben.

Alle Maßnahmen für eine sozial-ökologische Transformation müssen daran gemessen werden, in welchem Maße sie die existierenden unsozialen und die Natur zerstörenden ökonomischen Strukturen nachhaltig verändern und was sie zu einer klimagerechten und sozialeren Globalisierung beitragen. Was dies bedeutet, wird Attac am 7. Oktober 2023 in Duisburg beim

Debattentag zur sozial-ökologischen Transformation diskutieren (siehe Seite 9).

Welche wirtschaftlichen Interessen stecken hinter Umweltzerstörung und Armut? Und welche Rolle spielt die Art und Weise, wie Welt-handel, Finanzmärkte und Sorgearbeit global organisiert sind? Wir werden uns anschauen, wer unter den Folgen besonders leidet, hier in Europa und rund um den Globus. Und wir werden diskutieren, wie wir die für ein gutes Leben für alle notwendigen radikalen Veränderungen durchsetzen können – nicht nur beim Debattentag, sondern anknüpfend auch auf dem Herbststratschlag vom 27. bis 29. Oktober 2023 in Hannover.

Wir freuen uns auf viele, die sich mit uns Gedanken machen und etwas ändern wollen – für eine klimagerechte und soziale Globalisierung!

Manuela Kropp ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.

Aufstieg der »Alternative für Deutschland«

Demokratie braucht Zivilgesellschaft

Nicht nur die Klimakrise eskaliert in diesem Sommer, wie zahlreiche Extremwetterereignisse und neue beängstigende Studienergebnisse zeigen. Gleichzeitig eskaliert eine Krise des deutschen Parteiensystems, in dem die im Kern faschistische Alternative für Deutschland (AfD) anscheinend ungebremst einen Erfolg nach dem anderen erringt. Ende Juni wurde im südthüringischen Sonneberg zum ersten Mal in Deutschland ein AfD-Politiker zum Landrat gewählt, kurz darauf erlangte erstmals in Deutschland im sachsen-anhaltinischen Raguhn-Jeßnitz ein AfDler ein Bürgermeisteramt. Und gleichzeitig erlebt die AfD ein ungekanntes Umfragehoch, das sich zu stabilisieren und in künftigen Wahlen auch auf Landesebene zu manifestieren droht.

Die Reaktionen auf diese Entwicklung ergingen sich nur kurz in breiterem Entsetzen, bis bald darauf zunächst das übliche Spiel gegenseitiger Schuldzuweisungen für den Aufstieg der AfD begann und Friedrich Merz für die Union schließlich den Dammbbruch testete mit der Ankündigung, auf kommunaler Ebene die Zusammenarbeit mit der AfD nicht auszuschließen. Inzwischen wird von immer mehr Politiker*innen laut darüber nachgedacht, mit einer Partei zu kooperieren, die sich auch laut einem jüngeren Gutachten des Instituts für Menschenrechte eigentlich für ein Verbotverfahren qualifiziert. Die AfD erfüllt die Kriterien, die das Bundesverfassungsgericht im zweiten NPD-Verbotverfahren für die Feststellung einer fehlenden Vereinbarkeit mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung festgelegt hat – und sie hat inzwischen deutlichen Einfluss, in Kommunen und in Parlamenten ebenso wie im öffentlichen Diskurs.

Die Ursachen für die hohen Zustimmungswerte zu der in weiten Teilen rechtsextremen Partei sind dabei vielfältig. Sie reichen von der Überlagerung unterschiedlicher sich zuspitzender Krisen über die in weiten Teilen fehlende Lösungs- und Kommunikationsfähigkeit der Ampelregierung bis zur ständigen Anbiederung vor allem konservativer und liberaler Kräfte an den rechten Rand, die letztlich das Original stärkt.

In dieser Gemengelage werden nicht nur die von Rassismus und anderen Formen der Menschenfeindlichkeit betroffenen Menschen kontinuierlich ignoriert; auch die offene und solidarische Zivilgesellschaft wird damit permanent geschwächt. Bis zuletzt hat die FDP das Demokratiefördergesetz blockiert; Anfang



Foto: Philip Eichler

Juli hat die Bundesregierung einen Haushaltsentwurf mit »drastische[n] Kürzungen für soziale und zivilgesellschaftliche Organisationen beschlossen. Die Pläne zwingen« laut dem Paritätischen Gesamtverband »zu massiven Einschnitten bei sozialen Angeboten: von Freiwilligendiensten über die psychosoziale Versorgung Geflüchteter bis hin zur Unterstützung Arbeitsuchender.« Auch die dringend notwendige Reform der Abgabenordnung zur Ausweitung des Gemeinnützigkeitsbegriffs lässt weiterhin auf sich warten, und nicht nur Attac leidet unter der fehlenden Klärung. Vereine, die sich gegen Rassismus engagieren, Vereine, in denen sich diskriminierte Menschen organisieren, und alle Vereine, die sich für Demokratie und die Menschenrechte engagieren, darben so weiter dahin.

Wo die Bundesinnenministerin Nancy Faeser sich nach der Wahl des AfDlers Robert Sesselmann zum Sonneberger Landrat in sozialen Medien vor allem um den Wirtschaftsstandort sorgte, ist dagegen längst Sorge um die Demokratie angezeigt. Diese wird nicht allein von der sich weiter radikalierenden AfD bedroht, sondern zunehmend auch von allen Parteien, die die Einhaltung der Schuldenbremse über dringende notwendige Investitionen zur Bekämpfung der multiplen Krisen sowie zur Stärkung der Zivilgesellschaft stellen.

Dabei kann die Antwort auf den Aufstieg der AfD nur aus der demokratischen Zivilgesellschaft selbst kommen – und diese erwacht nach lähmenden Jahren der Pandemie wieder: Bei den von Attac unterstützten Protesten gegen den Magdeburger AfD-Bundesparteitag Ende Juli gingen weit mehr Menschen gegen Faschismus auf die Straßen, als von den Organisator*innen im Vorfeld erwartet. Von zahlreichen lokalen Demonstrationsteilnehmer*innen war dabei am Rande der Kundgebung zu hören, wie sehr sie sich darauf freuten, am nächsten Tag einmal in den Zeitungen lesen zu können, dass auch in Ostdeutschland das Engagement für ein demokratisches und friedliches Miteinander groß ist. Eine solche Berichterstattung blieb allerdings leider weitgehend aus. Wie die Politik entscheiden sich auch zahlreiche Medienhäuser dafür, der AfD allen Raum zu geben und somit weiterhin wie das sprichwörtliche Kaninchen auf die Schlange zu starren.

Es ist kurz vor zwölf für die Demokratie in Deutschland und in Europa, wo sich profaschistische Parteien teils längst etabliert und teilweise Macht übernommen haben. Umso notwendiger ist es jetzt, die Proteste noch breiter und damit unüberhörbar zu machen!

Judith Amler vertritt Attac Deutschland im Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus«.

Kein Ende der Ökonomisierung der Krankenhäuser

Etikettenschwindel »Krankenhausreform«



Foto: Stephanie Handtmann

Die Probleme der Krankenhausversorgung sind eklatant und eng mit dem Fallpauschalen-System (DRG) verknüpft: Behandlungsentscheidungen werden aus betriebswirtschaftlichen Interessen gefällt; Personal wird radikal abgebaut, um Kosten zu senken und Gewinne zu erhöhen; für höhere Gewinne werden Fallzahlen gesteigert und wird ohne medizinische Indikation operiert; Reinigung und Küche werden an externe Dienstleister übergeben, um untertarifliche Bezahlung durchzusetzen. Und auch die dramatisch zunehmenden Schließungen kleiner Krankenhäuser auf dem Land sind Folge des DRG-Systems, weil die schlechte finanzielle Bewertung der Grundversorgung oder der Kinder- und Jugendmedizin die wirtschaftliche Schieflage dieser Kliniken verschärft. Das stellte sogar Gesundheitsminister Lauterbach fest, obwohl er vor fast 20 Jahren genau dieses DRG-System als damaliger Berater der rot-grünen Regierung selbst empfohlen hatte.

Der Minister versprach mit der neuen Krankenhausreform eine »Revolution im System«, die den ökonomischen Druck von den Krankenhäusern nehme und die Patienten wieder ins Zentrum der Behandlung stelle.

Am 10. Juli kam es nun zu einer Einigung zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und den Gesundheitsminister*innen

der Länder. Bayern (CSU) stimmte dagegen, Schleswig-Holstein (CDU) enthielt sich. Worauf sich hier geeinigt wurde ist allerdings keine Revolution, sondern ein Etikettenschwindel. Die vereinbarten Eckpunkte beinhalten weder eine Überwindung des Fallpauschalensystems, noch die notwendige Entökonomisierung der Krankenhäuser. Die Fallpauschalen bleiben zu 40 Prozent erhalten, und auch die Vorhaltefinanzierung erfolgt pauschal statt kostendeckend. Damit bleiben finanzielle Anreize und insbesondere der Kostendruck auf das Personal bestehen. Das Bekenntnis zur Selbstkostendeckung für die »Pflege am Bett« dagegen ist gut, müsste aber konsequent umgesetzt und auf alle Berufsgruppen ausgeweitet werden. Die von der Regierungskommission vorgeschlagene Einstufung der Krankenhäuser in verschiedene Level und deren Verknüpfung mit definierten Qualitätskriterien ist erst einmal vom Tisch. Ob Lauterbach diese Idee mit einem eigenen Gesetz noch einmal hervorholt, ist jedoch noch ungewiss.

Keins der inzwischen allseits anerkannten Probleme der Krankenhäuser wird mit dieser »Revolution« gelöst: Die Ökonomisierung der Behandlung wird nicht beendet, weil die Finanzierung über Fallpauschalen, wenn auch mit Abschlägen, bestehen bleibt.

Die tatsächlichen Vorhaltekosten werden nicht refinanziert, denn sie werden als fallzahlbezogene Pauschalen bezahlt. Und da eine zweckgebundene Verwendung nicht vorgeschrieben ist, kann dieser Finanzierungsanteil auch für Gewinnausschüttung an Aktionär*innen der privaten Krankenhauskonzerne zu Lasten der Krankenversicherten, des Personals und der Patient*innen verwendet werden.

Die finanziell angeslagenen Kliniken werden entweder die Reform gar nicht erleben, weil sie bis dahin schon insolvent sind, oder ihnen wird die Reform nicht helfen, weil sie budgetneutral – denn es soll für diese Reform keine zusätzlichen Gelder geben – umgesetzt werden soll und so Defizite nicht ausgleichen kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Pläne der Regierungskommission zwar deutlich entschärft wurden, aber immer noch ein großes Potenzial zur Schließung von kleinen Krankenhäusern beinhalten. Gerade weil die Länder in den letzten Jahren dieselben Schließungsziele verfolgten wie die Regierungskommission, und sie jetzt im Zweifelsfall bei ihren Plänen auf die »bundesgesetzlichen« Zwänge verweisen können, bleibt diese Gefahr bestehen. Ein Übriges wird die finanzielle Notlage vieler Krankenhäuser tun. Hier ist es bezeichnend, dass sich Lauterbach und die Bundesregierung weigern, diese finanzielle Notlage im Rahmen eines Vorschaltgesetzes zu beseitigen. Im Gegenteil spielt das der Bundesregierung in die Karten, und Lauterbach plant diese »Insolvenzopfer« ganz unverblümt mit ein.

Dabei gäbe es einen wirksamen Weg für einen echten Neuanfang: Krankenhäuser sind Einrichtungen der Daseinsvorsorge und sollten daher genau so organisiert werden. Wo als Ergebnis einer demokratischen Planung Krankenhäuser gebraucht werden, muss deren Betrieb bezahlt werden; mit allen Kosten, die dazugehören. Die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung muss überprüfbar sein. Gewinne müssen (wie es bereits bis 1984 üblich war) wieder gesetzlich verboten werden, und private Kliniken sollten rekommunalisiert werden. Wir bleiben dabei: Gesundheit ist keine Ware!

Dagmar Paternoga ist Mitglied der bundesweiten Attac-Arbeitsgemeinschaft Soziale Sicherungssysteme und arbeitet seit der Gründung auch im Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« mit.

Die Inflationspolitik der EZB

Mehr Schaden als Nutzen

Am 27. Juli entschied das Executive Board der Europäischen Zentralbank (EZB), den Leitzins um weitere 0,25 Prozent zu erhöhen. Gedacht ist diese Maßnahme wie auch schon vorherige Leitzinsanhebungen zur Bekämpfung der Inflation – doch setzt sie an der völlig falschen Stelle an und schadet mehr, als sie nützt.

Die Hauptursachen der Inflation der letzten beiden Jahre waren die unterbrochenen Lieferketten durch die Pandemie und die Energiepreissteigerungen. Es ist aber festzustellen: Die Lieferkettenprobleme sind größtenteils überwunden und die Erzeugerpreise in vielen Bereichen wieder auf Normalniveau zurückgegangen. Mit den höheren Energiepreisen werden wir vorübergehend leben müssen, solange jeder Nachfragerückgang bei fossilen Energien von den Lieferkartellen (OPEC) mit Förderkürzungen beantwortet wird und der Umstieg auf regenerative Energien weiter nur schleppend vorangeht.

Neben den steigenden Energiepreisen sind die gegenwärtigen Preissteigerungen vor allem auf eine weitere Tatsache zurückzuführen: Die Akzeptanz der Verbraucher*innen von krisenbedingten Preiserhöhungen wurde gerade von den großen international tätigen Unternehmen auf breiter Front dazu genutzt, die Preise weit über das notwendige Maß hinaus anzuheben und ihre Profitmargen teilweise massiv zu erhöhen. Diese Erhöhungen schieben sich gegenwärtig durch die Produktionsketten und verursachen die weiterhin hoch bleibenden Preissteigerungen für die Endverbraucher. Stellungnahmen von der EZB, dem internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bestätigen diese Beurteilung.

Um die Inflation einzudämmen, sollte man sie an der Wurzel bekämpfen. Doch die Vorstellung, es ließe sich steigenden Profiten entgegenwirken, indem die Wirtschaftsleistung durch höhere Zinsen pauschal gedrosselt wird, ist falsch. Die Folgen der Zinspolitik der EZB sind, wie sich jetzt schon feststellen lässt, zum Teil höchst problematisch und werden durch die erneute Erhöhung noch verschärft. Denn durch pauschal teure Kredite werden nicht nur Investitionen in klimaschädliche oder unnötige Wirtschaftszweige verhindert; auch dringend notwendige Investitionen in Klimaschutz oder Wohnungsbau werden damit auf Eis gelegt.



Foto: Philip Eichler

Höhere Zinsen sind vor allem dann falsch, wenn als Folge dieser Zinserhöhungen die schwächelnde Wirtschaft nun mit Milliardensummen aus dem Staatshaushalt subventioniert werden soll. Und das Dogma der Schuldenbremse werden gerade die unteren Einkommensgruppen, die bereits jetzt die Inflation am härtesten spüren, mit Einsparungen in den Sozialbereichen finanzieren müssen.

Man könnte meinen, Zentralbank und Finanzministerium arbeiten gegeneinander. Letztlich geht es aber beiden darum, die Wirtschaft zu schützen und die Kosten der Preisanpassungen bei den unteren Einkommensgruppen abzuladen.

Dieser Eindruck verstärkt sich durch die Politik der EZB bei den Einlagenzinsen. Durch die großen Wertpapierankaufprogramme der EZB haben die Banken hohe Einlagen bei der EZB angesammelt. Die von ihr dafür gezahlten Zinsen betragen gegenwärtig weit über 100 Milliarden Euro im Jahr. Während die Banken von den hohen Einlagenzinsen der EZB profitieren, geben sie diese nicht an ihre Kunden weiter, die weiter mit Minizinsen abgepeist werden und nach wie vor Verwaltungsgebühren tragen müssen. Im Ergebnis eine Subvention der Finanzbranche in wucherischem Maße. Ein

erster Schritt zur Reduzierung dieses massiven Geldabflusses durch Zinsfreistellung der Mindestreserve (1,8 Milliarden Euro weniger für die deutschen Banken) ist zwar zu begrüßen, greift aber viel zu kurz.

Statt mit dem plumpen Instrument »Zinserhöhung« alle Bereiche der Wirtschaft gleichermaßen einzubremsen, gilt es, klug günstige Finanzmittel für förderwürdige Bereiche bereitzustellen.

Wirkungsvolle Werkzeuge zur Bekämpfung der Inflation liegen gegenwärtig nicht in den Händen der EZB, sondern in denen der Politik. Notwendig wäre eine effektive Übergewinnsteuer, wie sie zum Beispiel in Spanien eingeführt wurde. Sie generiert Steuereinnahmen, die genutzt werden können, um die sozialen Folgen der Inflation durch staatliche Hilfen zu mildern. Um darüber hinaus Finanzmittel zu einer Beschleunigung der sozial-ökologischen Transformation zu gewinnen, ist von der Politik einerseits die Abkehr von der Schuldenbremse gefordert, und muss andererseits die Subventionierung der fossilen Energien (wie beispielsweise in Schiff- und Luftfahrt) beendet werden.

Alfred Eibl ist Mitglied der Attac-Arbeitsgemeinschaft Finanzmärkte und Steuern.

Wasserstoff und Energiekolonialismus

Profitgetriebener Hype



Foto: FossilsForFuture (@thereal_fff) auf Twitter

Es ist klar: Damit Deutschland seine selbstgesteckten Klimaziele erreichen kann, müssen die CO₂-Emissionen schnell und umfangreich in allen Sektoren heruntergefahren werden. Doch leicht umsetzbare Maßnahmen wie ein Tempolimit auf Autobahnen werden nicht ergriffen. Stattdessen wird in vielen Bereichen jetzt Wasserstoff als DIE Alternative zum Heizen oder für den Antrieb von Fahrzeugen gehandelt. Es ist ein Wasserstoff-Hype entstanden, der massiv von der Gasindustrie und ihrem Lobbyverband »Zukunft Gas« gepusht wird, die sich damit ein neues Geschäftsfeld erschließen wollen.

Doch was ist dran am vermeintlichen Zauberenergieträger Wasserstoff? Wasserstoff ist das häufigste Element auf Erden und kommt in gebundener Form in fast allen organischen Verbindungen vor. Als Energieträger taugt er jedoch nur in reiner Form und muss zum Beispiel aus Erdgas oder Wasser abgespalten werden. Dabei gibt es verschiedene Herstellungsverfahren, die jeweils unterschiedliche Bezeichnungen haben. Aus Wasser und Erneuerbaren Energien hergestellter Wasserstoff wird demnach als **grüner** Wasserstoff bezeichnet, aus Erdgas gewonnener Wasserstoff gilt als **grauer** Wasserstoff. Wenn hierbei die »Carbon Capture and Storage«-Technik (CCS) angewandt wird, ist es **blauer** Wasserstoff. Als **türkis** wird Wasserstoff bezeichnet, wenn er aus Methan produziert wird. Wenn für die Elektrolyse Atomenergie benutzt

wird, wird er **roter** oder **pinker** Wasserstoff genannt.

Um schädliche Emissionen wirklich zu reduzieren und von fossilen Energien wegzukommen, darf ausschliesslich grüner Wasserstoff verwendet werden. Dessen Herstellung frisst allerdings selbst viel Energie. Bei der Elektrolyse von Wasser gehen je nach Verfahren 20 bis 40 Prozent der ursprünglich eingesetzten Energie verloren. Von einer Kilowattstunde grünem Strom bringt ein Elektroauto schon nur rund 0,7 Kilowattstunden (kWh) auf die Straße, ein Wasserstoffauto allerdings nur 0,26 kWh. Noch gravierender ist der Unterschied beim Heizen: Aus einer Kilowattstunde grüner Energie werden nur 0,7 kWh Heizenergie aus Wasserstoff produziert. Eine Wärmepumpe macht daraus dagegen drei kWh. Und was den Flugverkehr angeht, bräuchte es das Zweieinhalbfache der heute weltweit vorhandenen Stromkapazitäten aus Erneuerbaren, um das Kerosin durch die viel propagierten E-Fuels zu ersetzen.

Daher sollte Wasserstoff nur in den Bereichen eingesetzt werden, wo eine vollständige Elektrifizierung nicht möglich, eine CO₂-Reduktion aber dringend nötig ist. Die Stahlindustrie und die chemische Grundstoffindustrie sind solche Bereiche, wenn dort sinnvolle Produkte hergestellt werden. So viel Vernunft bringen die Gaslobby und ihr parlamentarischer Arm jedoch nicht auf. So schaffte es die FDP, im Namen der »Technologieoffenheit« in den

Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz ein »H2-ready« unterzubringen, nach dem Erdgasheizungen weiterhin möglich sein sollen, wenn sie technisch Wasserstoff verarbeiten können. Attac unterstützt den Appell von Umweltorganisationen an die Abgeordneten des deutschen Bundestages, dies auszuschließen, denn »H2-ready« bedeutet verlängerten Einsatz von Erdgas und aus Erdgas produziertem »blauem« Wasserstoff.

Auch gegen »Zukunft Gas« regt sich Widerstand: Mit einem gemeinsamen Aufruf fordern viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie Attac den Ausstieg der rund 60 Stadtwerke und 30 regionalen Versorgungsunternehmen, die noch Mitglied bei »Zukunft Gas« sind, aus dem Lobbyverband. In Frankfurt gab es dazu vor Kurzem zum Beispiel eine Kundgebung vor dem örtlichen Versorger Mainova – mit Beteiligung von Attac.

Da in Deutschland noch sehr wenig Wasserstoff produziert werden kann, hat die Bundesregierung gerade die Nationale Wasserstoffstrategie von 2020 nachgeschärft, will die Produktion von Wasserstoff hochfahren und ihn vermehrt importieren. Doch woher soll der Wasserstoff kommen? Es gibt eine Reihe von Ländern mit großen Kapazitäten für Solar- und Windenergie. In diesen Ländern könnte ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien zur Wasserstoffherzeugung gewonnen werden. Aber Wasserstoff lässt sich nicht einfach transportieren. Entweder er wird sehr stark gekühlt, um ihn zu verflüssigen, oder er wird in Ammoniak umgewandelt, das sich deutlich leichter verschiffen lässt. Bei der Umwandlung entstehen jedoch wiederum Verluste von 20 bis 40 Prozent – unterm Strich also ein unökonomisches Unterfangen.

Entscheidend ist jedoch: Wenn europäische Großkonzerne in afrikanischen Ländern grünen Wasserstoff für den europäischen Markt produzieren, findet dort keine selbstbestimmte wirtschaftliche Entwicklung statt. Stattdessen werden alte Abhängigkeiten in einem neuen, »grünen« Energiekolonialismus fortgeschrieben. Wenn in erster Linie die Importländer profitieren und ihre CO₂-Bilanz verbessern, während die produzierenden Länder nur sehr wenig partizipieren, müssen wir uns dem entgegenstellen.

Sonja Taubert ist Mitglied der Attac-Projektgruppe Energie.



Gesundheitsminister*innenkonferenz,
 Foto: Attac



Steuerberater*innenkongress,
 Foto: Lidija Delovska



Stoppt den Zinshammer!
 Foto: Philip Eichler

Rückblick

17. Mai 2023

Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter*- und Trans*-Feindlichkeit

Am 17. Mai wird jedes Jahr in 130 Ländern der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) begangen. In vielen deutschen Städten fanden Aktionen und Kundgebungen der queeren Community und ihrer Verbündeten statt. Attac unterstützte die Aktionen und wendet sich gegen jede Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.

02. Juni 2023

25 Jahre Attac Frankreich: Seit einem Vierteljahrhundert in Bewegung und immer noch kritisch!

Vor 25 Jahren wurde Attac Frankreich gegründet. In den Folgejahren entwickelte sich die Bewegung zu einem nahezu weltumspannenden Netzwerk. In Deutschland wurde 2000 eines der größten Attac-Bündnisse aufgebaut, das die politische Landschaft der Bundesrepublik maßgeblich verändert und mitgestaltet sowie als starker Teil einer großen Bewegung den neoliberalen Mainstream im öffentlichen Diskurs aufgebrochen hat. Nach bald einem Vierteljahrhundert in Bewegung bleibt das weltweite Attac Netzwerk weiterhin kritisch und aktiv: Die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft sowie der Produktions- und Konsumweise ist nötiger denn je – dafür treten wir auch in Zukunft mit vielfältigen Aktionen und konkreten Umsetzungsvorschlägen ein.

19. Juni 2023

Neues Heizungsgesetz: Ja, aber sozial gerecht!

Attac fordert, dass für eine sozial gerechte Förderung neuer Heizungsanlagen das Einkommen und Vermögen der Antragsteller*innen

das einzige Kriterium für die Zusage und Höhe einer Förderung sein müssen. Die begrenzten Fördermittel dürfen außerdem nicht an jene Immobilienbesitzer*innen gehen, die die Investitionen in neue Heizungsanlagen selbst schultern können. Zum Schutz von Mieter*innen muss zudem die Umlagefähigkeit der Investitionen in neue Heizungsanlagen auf die Mieter*innen ausgeschlossen werden. Wir unterstützen zudem den Appell an die Abgeordneten des deutschen Bundestages, die im Namen der »Technologieoffenheit« geforderte Zulassung von »H2-ready«-Gasheizungen im Gesetz auszuschließen.

5. Juli 2023

Krankenhausschließungen statt »Revolution im System«

Anlässlich der diesjährigen Gesundheitsminister*innenkonferenz, in deren Rahmen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach erstmals die geplante Krankenhausreform öffentlich vorstellte, protestierte Attac gemeinsam mit dem Bündnis Klinikrettung vor dem Tagungsort in Friedrichshafen am Bodensee. Wir kämpfen für Kliniken, die ihrer Aufgabe als Einrichtungen der Daseinsvorsorge gewissenhaft nachkommen können – keine weiteren Schließungen von notwendigen Krankenhäusern aus vorgeschobenen betriebswirtschaftlichen Gründen!

13. Juli 2023

Robin Hood als Geisterfahrer

Attac kritisiert die Pläne des Bundesfinanzministers Christian Lindner, nach denen ein so genanntes Wachstumschancengesetz zu Steuersenkungen für Unternehmen von insgesamt sechs Milliarden Euro führen soll, um Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Diese Pläne drohen jedoch die Haushalte der Länder und des Bundes völlig aus dem Gleichgewicht zu bringen und gleichen einer Umverteilung von unten nach oben. Bereits die beschlossene Steuersenkung von über zehn Milliarden zum

Ausgleich der so genannten »kalten Progression« hat die Finanzen der Länder massiv ins Minus gestoßen. Zudem sind diese Pläne ein Schlag ins Gesicht der Einkommensschwachen, machen sie doch zum wiederholten Mal deutlich, dass die Politik des FDP-Ministeriums auf die Interessen der Wohlhabenden zugeschnitten ist.

17. Juli 2023

EU-Lateinamerika-Gipfel: Protest gegen Handelsabkommen

Anlässlich des EU-Lateinamerika-Gipfels protestierten Aktivist*innen in Brüssel gegen den EU-Mercosur-Pakt. Attac erneuerte seine Kritik an dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Staaten des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), da dieses in erster Linie Konzerninteressen der Auto- und Agrochemieindustrie dient. Wir fordern weiterhin, das EU-Mercosur-Handelsabkommen vor seiner Ratifizierung zu stoppen und Neuverhandlungen zu beginnen, um eine Basis für gerechten und nachhaltigen Handel zu schaffen. Gutes Leben für alle statt Profit für wenige!

19. Juli 2023

Nach dem Deutschlandticket ist vor dem Angebotsausbau von Bus und Bahn

Seit dem 1. Mai können Reisende mit dem Deutschlandticket bundesweit den Regional- und Nahverkehr mit dem 49-Euro-Ticket nutzen. Es lockt aktuell deutlich mehr Menschen in Busse und Bahnen und bringt durch die erhöhte Nachfrage den ÖPNV merklich an sein Auslastungslimit. Neben einem attraktiven Preis müssen daher auch Qualität, Angebote und Kapazitäten deutlich verbessert werden. Dafür reichen die bisher bereitgestellten Finanzmittel des Bundes in keinerlei Hinsicht aus. Deshalb fordert Attac im Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft« zusätzliche Verkehrsangebote, deutlich mehr Personal und weitere Fahrzeuge.



AfD-Gegenprotest in Magdeburg,
Foto: Attac



Foto: Attac

27. Juli 2023

**Erneute EZB-Leitzinserhöhung:
Stoppt den Zinshammer!**

Attac kritisiert die Entscheidung des Executive Boards der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 27. Juli, den Leitzins weiter zu erhöhen. Diese hohen Leitzinsen würden pauschal die gesamte Wirtschaft ab und verhindern dringend notwendige Investitionen in Soziales und Klimaschutz. Gleichzeitig werden jedoch Banken und Geldmarktfonds mit einem hohen Einlagenzinssatz subventioniert. Dagegen haben Attac-Aktive anlässlich der Bekanntgabe der jüngsten geldpolitischen Beschlüsse vor der EZB in Frankfurt am Main protestiert.

29. Juli 2023

**Solidarisch gegen den
Bundesparteitag der AfD**

Attac protestierte gemeinsam mit den Bündnissen »Solidarisches Magdeburg« und »Aufstehen gegen Rassismus«, mit den »Omas gegen Rechts« und mit zahlreichen Aktivist*innen in Magdeburg gegen den AfD-Bundesparteitag 2023. Knapp 4.000 Leute haben sich an den beiden Demonstrationen in der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt beteiligt, an der bunten und vielfältigen Kundgebung gegen die im Kern faschistische »Alternative für Deutschland« teilgenommen und gemeinsam gezeigt: Die AfD, ihr hetzerischer Politikstil und ihr politisches Programm sind nicht willkommen.

Ausblick

07. Oktober 2023

**Alles anders, aber wie? – Attac
Debattentag**

Im Rahmen des Debattentages in Duisburg tauschen wir uns zu den vielfältigen Fragen rund um die sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft aus (siehe auch Seite 9).

Car is over

Die IAA 2023 ausbremsen!

Herbst 2021: Ungefähr zehn Menschen in leuchtend orangen Overalls laufen auf eine große Glasfront zu, hinter der hell ausgeleuchtet dicke teure Autos stehen. Sie zücken Sprühflaschen, färben die Glasfront mit grüner Sprühkreide und bringen ihre Slogans »Car is over« und »Stop Greenwashing« darauf an – eine Aktion von Attac-Aktivist*innen gegen die zeitgleich stattfindende Internationale Automobilausstellung (IAA) in München und das Greenwashing der Autoindustrie.

Am nächsten Morgen folgen Repressalien, wie an vielen Stellen bei den Protesten gegen die IAA: Die Polizei nimmt drei Attac-Aktive in Gewahrsam, durchsucht ihre Hotelzimmer und hält sie bis zu zwölf Stunden fest. Zwei Tage später nimmt die Polizei dann auf der #aussteigen-Großdemo einen als »Autosaurus« verkleideten Aktivist*innen fest, der die Ewiggestrigkeit der Autoindustrie symbolisierte – der Vorwurf: Vermummung. Dies fügt sich lückenlos in das Bild einer völlig unverhältnismäßig agierenden Polizei während der Proteste ein. Die Auto-lobby soll schließlich ungestört feiern. Doch schon 2021 konnte nichts darüber hinwegtäuschen, dass die IAA auch nach ihrem Umzug nach München nicht mehr zeitgemäß ist. Immer weniger Besucher*innen und Aussteller*innen kommen zu diesem »Abgasfestival«. Dieses Jahr hat die Autolobby aufgegeben, viele Menschen aufs Messegelände locken zu wollen. Das ist nur noch unter der Woche für das Fachpublikum geöffnet, flankiert von einigen Ständen in der Innenstadt, die auch

am Wochenende für das breite Publikum bereitstehen sollen.

Natürlich kommt auch Attac wieder und trägt den Protest für eine sozial-ökologische Verkehrswende nach München. Vor vier Jahren wurde die IAA erfolgreich aus Frankfurt vertrieben, vor zwei Jahren schrumpfte sie weiter und die Süddeutsche titelte »Die IAA war ein voller Erfolg – vor allem für ihre Gegner«. Dieses Jahr ist es an der Zeit, der IAA die letzte Luft aus den Reifen zu lassen!

**Attac bei den Protesten gegen die
IAA 2023 in München**

Sonntag, 03. September 2023
Kundgebung AutoBAHN mit NGO-Bündnis

Dienstag, 05. September 2023
Attac-Aktion gegen klimaschädliche Autopolitik an der Messe München

**Mittwoch, 06. bis
Freitag, 08. September 2023**
Workshops: Aktionen und Visionen für die Mobilität von morgen auf dem Mobilitätswende-Camp München

Donnerstag, 07. September 2023
Podiumsdiskussion »Kulturkampf ums Auto: Deutscher Autofetisch, rechte Kampagnen und die Autokonzerne«

Sonntag, 10. September 2023
Demonstration #NoIAA

Mehr Infos: attac.de/iaa-2023

Car is over

Öffentlicher Verkehr braucht schnell viel Geld!



Foto: Stephanie Handtmann

Um den Klimakollaps zu verhindern, ist massive Reduzierung des individuellen Autoverkehrs unumgänglich, das E-Auto nicht die Lösung. Diese Erkenntnis ist nicht neu, im Autoland Deutschland umso schwerer durchzusetzen. Daher ist Attac im September in München wieder mit Aktionen gegen die IAA aktiv (siehe Seite 7).

Im Koalitionsvertrag der Ampel ist als Ziel definiert, bis 2030 die Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu verdoppeln; Attac hält es außerdem für nötig, bis dahin die Zahl der PKWs mindestens auf die Hälfte zu reduzieren. Doch wenn diese Ziele verwirklicht werden sollen, muss schnell viel passieren. Das Deutschlandticket für 49 Euro ist ein erster Schritt: Seit der Einführung ist die Nutzer*innenzahl gestiegen, es dürfte vor allem für Pendler*innen attraktiv sein.

Doch das Ankurbeln der Nachfrage reicht nicht aus. Jetzt müssen Angebot, Kapazität und Qualität massiv ausgebaut werden. Im Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft«, in dem Attac mit Verdi, EVG, BUND, VCD, den Naturfreunden und Changing Cities zusammenarbeitet, haben wir jüngst zügiges Handeln der Bundes- und Landespolitik gefordert, unterlegt mit klaren Bedarfszahlen. Für eine Verdoppelung des ÖPNV bis 2030 sind demnach jährliche Investitionen von mindestens 16 bis 18 Milliarden Euro ab 2024 notwendig.

Sie teilen sich auf in

- Regionalisierungsmittel, die für 2023 um drei Milliarden Euro und in den Folgejah-

ren zusätzlich zur gesetzlichen Dynamisierung um jeweils mindestens 1,5 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht werden müssen.

- naturverträglichen Erhalt, Aus- und Neubau der Infrastruktur für ÖPNV und SPNV (Schienenpersonennahverkehr), in die jährlich mindestens 13,8 Milliarden Euro investiert werden müssen.
- insgesamt rund 5 Milliarden Euro bis 2030 für die Einstellung von 70.000 zusätzlichen Beschäftigten im öffentlichen Verkehr.

Das Ganze muss verknüpft werden mit

- einer Mobilitätsgarantie, um Zugangshürden zum ÖPNV abzuschaffen. So sollen von allen Orten ab 200 Einwohner*innen mindestens im Ein-Stunden-Takt ÖPNV-Angebote ins nächste Mittel- oder Oberzentrum fahren.
- Mobilitätskonzepten, bei denen mobile Teilhabe nicht am Geldbeutel scheitert. Dazu gehören kostenlose Nutzung für Kinder und Schüler*innen und ein bundesweit gültiges Sozial- sowie Jugend-, Azubi- und Studierendenticket für höchstens 29 Euro monatlich.
- Barrierefreiheit, die rechtlich ohne Ausnahmeregelungen bundesweit und für jede Verkehrsart gilt.
- Bevorrechtigung des ÖPNV im Straßenverkehr, um ihn schneller und attraktiver zu machen.

Für eine Verdoppelung der öffentlichen Verkehrsleistung braucht es 70.000 zusätzliche Beschäftigte. Um Menschen aus dem Automobilsektor zu Bahn und Bus zu locken, müssen dort dringend Verdienst und Arbeitsbedingungen verbessert werden. In Fortsetzung der Tarifrunde TVN2020 bereitet Verdi daher für die Tarifrunde 2024 wieder die Kooperation unter anderem mit Fridays for Future vor, um gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr durchzusetzen. Das ist ein wichtiger Schritt, um die notwendige Zusammenarbeit voranzubringen, denn ohne »Climate Turn« der Gewerkschaften und »Social Turn« der Klimabewegung wird ein sozial-ökologischer Umbau nicht gelingen. Attac wird auch 2024 diese Bemühungen von Verdi unterstützen.

Zum Verkehr gehören auch der Regional- und Fernverkehr der Bahn und der Güterverkehr. Struktur und Organisation der DB sind – täglich erfahrbar – weiterhin desaströs. Wie eine gemeinnützige »Bahn für alle« aussehen könnte, darauf wollen wir im nächsten Rundbrief eingehen.

Nicht nur beim Individualverkehr, auch beim Güterverkehr muss sich viel verändern, um das Klima zu retten. Dazu formuliert die Attac-Kampagnengruppe einfach.umsteigen das Motto »Weniger Güterverkehr – mehr Lebensqualität!« Wir kritisieren damit den klimaschädlichen gewachsenen Gütertransport aufgrund weltweiter Arbeitsteilung und fordern, unsinnige Produktion zu minimieren und regionales Wirtschaften zu fördern. Für den verbleibenden Gütertransport gilt: »Zeug in den Zug!« Heute verläuft 70 Prozent des Binnengüterverkehrs auf der Straße. Er muss weitgehend auf die Schiene verlagert werden, da auf der Schiene sechs Mal weniger CO₂ emittiert wird als auf der Straße. Das würde auch die heftigen gesundheitlichen Belastungen reduzieren, denen die Menschen gerade in den Ballungszentren ausgesetzt sind. Im Vorfeld des Attac-Debattentages (siehe Seite 9) in Duisburg bereiten wir dazu eine Aktion vor, denn Duisburg ist vom LKW-Verkehr schwer gebeutelt und markiert zudem das Ende der Seidenstraße, Sinnbild für die klimaschädliche internationale Arbeitsteilung.

Achim Heier ist Mitglied in der Attac-Kampagnengruppe einfach.umsteigen.

link.attac.de/oepnv-zukunft

Alles anders, aber wie?

Debattentag in Duisburg



Dieses Jahr findet leider keine Sommerakademie statt, denn trotz frühzeitiger und intensiver Bemühungen der Vorbereitungsgruppe waren keine geeigneten Räume zu bekommen. Die Öffnung staatlicher Schulen und ähnlicher Gebäude für zivilgesellschaftliche Veranstaltungen wird leider immer restriktiver gehand-

habt, und der Verlust der Gemeinnützigkeit ist dabei ein zusätzliches Hindernis für Attac. Doch die Zeichen stehen gut, dass für 2024 ein geeigneter Veranstaltungsort zur Verfügung steht – sobald es dazu Neuigkeiten gibt, werden wir auch im Rundbrief darüber informieren. Aller Voraussicht nach wird wieder eine mehrtägige Bildungsveranstaltung ähnlich der traditionellen Sommerakademie in leicht geänderterem Gewand stattfinden können.

Um trotz Entfall der Sommerakademie auch in diesem Jahr einen Raum zu schaffen, um zusammenzukommen, gemeinsam zu lernen, zu diskutieren und aktiv zu werden, findet am 7. Oktober 2023 ein Debattentag zur sozial-ökologischen Transformation statt. Unter dem Motto »Alles anders, aber wie?« wollen wir uns in Duisburg, das das Ende der Seidenstraße markiert, zu klimagerechter und sozialer Globalisierung austauschen.

Einsetzender Klimakollaps, explodierende Lebensmittelkosten, Reichtumskonzentration und zunehmende Armut, weltweit immer mehr Menschen auf der Flucht: Die schlech-

ten Nachrichten reißen nicht ab. Dabei könnte alles anders sein. Wie Energie nachhaltiger erzeugt werden kann, ist bekannt. Es ist möglich, genug gute und gesunde Lebensmittel für alle zu produzieren. Ein gutes Leben für alle ist realisierbar – aber wie? Damit wollen wir uns auf dem Debattentag intensiv auseinandersetzen.

Wir werden analysieren, welche wirtschaftlichen Interessen hinter Umweltzerstörung und Armut stecken und wie Welthandel und Finanzmärkte global organisiert sind. Wir werden uns anschauen, wer unter den Folgen besonders leidet, hier in Europa und rund um den Globus. Und wir werden diskutieren, wie wir die für ein gutes Leben für alle notwendigen radikalen Veränderungen durchsetzen können.

**Debattentag , 7. Oktober 2023
in Duisburg, Alte Feuerwache, 10-18 Uhr**

Mehr Infos:
attac.de/debattentag

#isso-Webinarreihe

Für einen Systemwechsel in allen Lebensbereichen



Wir brauchen eine Energiewende, die auf erneuerbare Energien in Bürger*innenhand setzt. Wir brauchen eine Agrarwende, die statt exportgetriebener Massenproduktion auf die Förderung ökologisch-solidarischer Landwirtschaft setzt. Wir brauchen industrielle Abrüstung, in der überflüssige Produktion durch

gesellschaftlich nützliche Produktion ersetzt wird. Wir wollen in solidarischen Kommunen leben, die den Menschen ein Auskommen, gute Bildung, Pflege, Gesundheit und Mobilität gewährleisten. Einrichtungen der Daseinsfürsorge gehören in öffentliches Eigentum und dürfen nicht den Einflüssen der Finanzmärkte ausgesetzt werden. Bezahlbares Wohnen in energetisch wärmegeprägten Wohnungen muss beides sichergestellt und darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Attac kämpft für einen Systemwandel in allen Lebensbereichen – diese sozial-ökologische Transformation ist dringend notwendig, um unsere Gesellschaft sozial und klimagerecht umzugestalten. Dafür engagiert sich Attac nicht nur mit Aktion und Expertise, sondern versteht sich auch als Bildungsorganisation. Teil dieser Bildungsarbeit besteht dabei in einem guten Angebot an Online-Veranstaltungen – ursprünglich aus der Not der Corona-

Pandemie geboren, haben sich diese Webinare mittlerweile als beliebte Veranstaltungen für alle etabliert, die gern auch von zuhause aus teilnehmen und mitdiskutieren.

Seit Mai dieses Jahres zeigt die Webinarreihe #isso auf, welche wesentlichen Hindernisse für eine andere Welt zu überwinden sind und in welche Richtung emanzipatorische Lösungen gehen können. Wir bemühen uns um inhaltliche Verknüpfungen, um für einen radikalen Pfadwechsel Alternativen und Schritte dorthin aufzeigen zu können.

Themen der Webinarreihe waren bislang die Gaslobby in Deutschland, der EU-Strommarkt, der Neubau von Autobahnen und rechte Einflussversuche auf die Friedensbewegung. In Vorbereitung sind Webinare zu Inflation und Grenzpolitik. Alle Infos zu geplanten Webinaren sowie die bereits vergangenen zum Nach-Schauen gibt es im Netz unter attac.de/webinare.

Menschen in Attac

»Unsere Forderung nach Gerechtigkeit ist Ausdruck quantischer Verbundenheit«

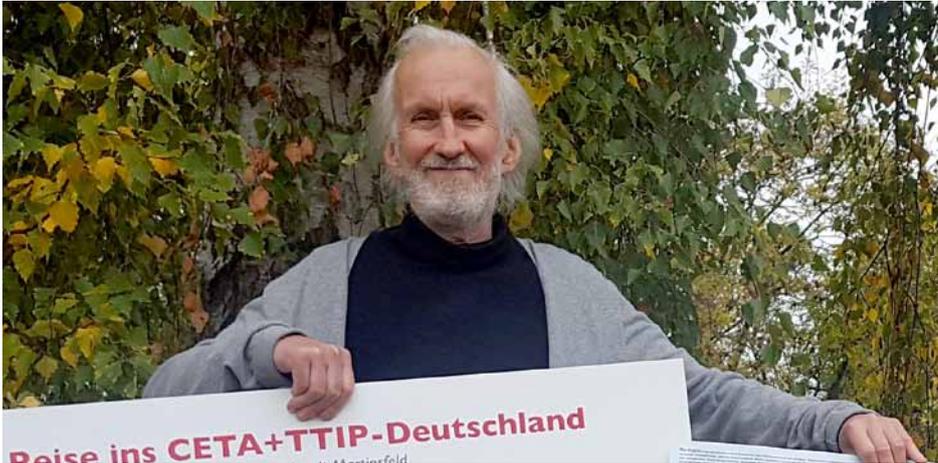


Foto: privat

Erhard Wiers-Keiser, 82, ist Attacie und fasziniert von der Quantenphysik. Für ihn ist die Attac-Forderung nach einer gerechten Welt Ausdruck quantischer Verbundenheit. Wir haben mit ihm über seinen politischen Lebensweg gesprochen, wie für ihn gesellschaftliche Fragen und moderne Quantenphysik zusammengehören, und auch darüber, wie er Attac über sein Leben hinaus verbunden bleiben möchte.

Erhard, wie bist du politisch sozialisiert, und wie kamst du zu Attac?

Während ich ursprünglich beruflich in der Werbung war, waren es ab den 1970er-Jahren mehr und mehr die gesellschaftlichen und ökologischen Alternativen, für die ich mich interessierte und die ich auch versuchte zu leben. Mein Spezialgebiet wurde die Planung von ökologischen Niedrigenergie-Häusern. Im Rentenalter wurde ich in der Anti-Atom-Bewegung aktiv, war fasziniert von den Berichten über den Attac-Kongress »Jenseits des Wachstums« 2011, und als dann im Herbst 2011 die großen »Occupy Wall Street«-Demos stattfanden, stand für mich fest, dass wir auch in unserer Region eine Attac-Gruppe brauchen, die ich dann 2012 gründete.

Du hast ja einen echten Wendepunkt erlebt – weg von der klassischen Werbung, hin zum politisch lebenden und arbeitenden Menschen. Wie kam es dazu?

Da kommt eine spirituelle Note ins Spiel – was interessant ist, weil ich immer schon ein zwar kreativer, aber wissenschaftsorientierter

Mensch bin, für den alles stimmig und genau sein muss. Nach dem Abitur war ich total aufs Geldverdienen aus. Das führte mich in die Werbung, wo ich bald Art Director wurde, und dann in die Werbefotografie, weil man dort noch mehr verdienen konnte (lacht). Und gerade als es im Frühjahr 1973 so richtig losging – ich hatte ein schönes Studio im Frankfurter Westend und gute Aufträge – lag ich eines Tages auf der Couch und hörte Beethovens »Eroica«, als ich etwas Außergewöhnliches erlebte: einen mehrere Minuten andauernden, tief beglückenden und energiegeladenen Bewusstseinszustand. Natürlich wollte ich wissen, was mir da geschehen war und stieß auf Abraham Maslows »Psychologie des Seins«. Maslow beschreibt dort ausführlich den über unser Ego weit hinausgehenden Bereich unseres Bewusstseins – was mir den Weg öffnete für meine Suche nach Sinn! Meine Fixierung auf die verlogene Werbung und auf Geld wurden mir zuwider, und ich wandte mich ab 1975 sinnvollen politischen wie beruflichen Betätigungen zu. Nach längerer Einarbeitung plante und leitete ich das im Auftrag des Forschungsministeriums wissenschaftlich begleitete Forschungsprojekt »Nullenergiehaus«, das 1987/88 gebaut wurde.

Ein Ausdruck deiner Suche nach Erklärungen und Sinn ist sicher auch deine intensive Beschäftigung seit 2007 mit der Quantenphysik, die für dich viel mit politischem Engagement zu tun hat. Kannst du deine Idee hier grob umreißen?

Ich habe zu dem Thema sogar ein kleines Buch geschrieben: »Ein kurzes Plädoyer für das, was

wir Gott nannten« heißt es, hat nur 72 Seiten – damit man es auch zur Hand nimmt – und ist im Februar erschienen. Ich versuche, den Menschen ganzheitlich, also sowohl in seiner Beziehung zum Welt-Ganzen als auch vor allem zur Evolution, zu sehen, und das auf der Grundlage moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die wesentliche wissenschaftliche Perspektive sehe ich in der modernen Quantenphysik. Sie weist nach, dass nicht Materie das der Welt Zugrundeliegende ist, sondern Information und quantische Verbundenheit – und unsere Forderungen nach der gerechten Welt sind für mich eindeutig Ausdruck dieser Verbundenheit! Aus der Quantenphysik leite ich auch die Hoffnung ab, dass es durch eine zunehmende Orientierung am Gemeinwohl letztlich zur Überwindung des Kapitalismus kommen wird. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob viele Attacies diesen Ansatz teilen (lacht).

Du bist ja nicht nur Aktivist, sondern du hast dir auch Gedanken gemacht, wie du auch über dein Leben hinaus Attac unterstützen kannst und hast dich entschlossen, Attac dein Haus zu vererben. Was hat dich dazu bewogen?

Die Begrenztheit meines Lebens auf noch wenige Jahre ist für mich völlig okay (lacht), denn der Tod ist untrennbar mit dem Leben verbunden. Und mit dem Vererben öffnet sich ein über das individuelle Leben weit hinausgehendes Feld der Beteiligung und der Einflussnahme auf die Zukunft.

Im Umweltbereich gibt es schon eine Reihe von Vererbungsinitiativen; wenige dieser Initiativen haben einen sozialen Schwerpunkt. Keine Organisation steht so für beide Seiten, für die gegenseitige Abhängigkeit und Verbundenheit der großen Zukunftsfelder Klima/Umwelt und Mensch, wie Attac. In einem übertragenen Sinn ist damit mein Vererben an Attac nichts anderes als ein *Einsatz für das Leben* – der eben *nach meinem Tod* geschieht.

Nicht an bestimmte Personen zu vererben, sondern in politische Ideen zu investieren, ist eine völlig andere und größere Dimension. Es geht weit über das Wohl einzelner, bevorzugter Erben hinaus um das Wohl aller Menschen. Wir stehen vor einem Perspektivenwechsel: In der Vergangenheit dachten wir Jahrtausende lang in Familienstrukturen; zukünftig wird es unseren Kindern und Enkeln am besten gehen, wenn es allen gut geht. Es geht auch beim Vererben um das gute Leben für alle!

Junges Attac: Material im Shop



Bei Junges Attac, dem Jugendnetzwerk von Attac, kommen junge Menschen zusammen, die in vielfältigen Bewegungen für globale Gerechtigkeit aktiv sind. Sie stellen sich ortsübergreifend mit kreativen und widerständigen Aktionen dem neoliberalen Kapitalismus entgegen - für ein gutes Leben für alle. Seit 2018 haben sie angefangen, sich als Junges Attac zu vernetzen, Raum für Austausch zu schaffen und ihre Perspektiven deutlich zu machen - nach außen wie nach innen. Sie bringen ihre junge Perspektive in Attac ein, prägen das Netzwerk mit und machen sich für ein in den Bewegungen verankertes und aktionsorientiertes Attac mit einer Globalisierungskritik auf der Höhe der Zeit stark. Da liegt es nahe, dass Junges Attac auch Material mit eigener Ästhetik und Bildsprache entwickelt, das den Aktivist*innen entspricht. Im Attac-Shop sind die Materialien von Junges Attac als eigenes Thema zusammengefasst, um leicht gefunden zu werden.

Dort gibt es zum Beispiel:

Aufkleber »Junges Attac« auf weiß oder schwarz, gegen Versandkosten

Fahne »Junges Attac«, 5 EUR

Flyer »Junges Attac – konsequent für eine bessere Welt«, gegen Versandkosten

Aufkleber »Ampel steht für Bevorzugung des Straßenverkehrs«, gegen Versandkosten

Aufkleber »Nancy Seehofer – Asylrecht verteidigen«, gegen Versandkosten

Bestellungen online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Mehr Infos: attac.de/aktiv-werden/junges-attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Judith Amler, Jule Axmann,
Frauke Distelrath, Achim Heier,
Albrecht Stöffler, Lena Zoll
V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Wir brauchen die Mobilitätswende – und sie muss sozial sein!

Nachdem die Ampelkoalition im Verkehrssektor den Rückwärtsgang eingelegt hat, ist es wichtiger denn je, dass wir als Zivilgesellschaft für eine Mobilität von morgen kämpfen, die klimagerecht und für alle zugänglich ist. Gelegenheiten dazu gibt es leider viele – in den kommenden Tagen zum Beispiel bei der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in München. Mit vielen Attacies werden wir die IAA als Bühne für uns nutzen und die IAA-Lobbyparty ausbremsen. Dabei fordern wir nicht nur eine Abkehr vom Auto hin zu Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr. Diese Wende muss auch sozial sein: Niemand darf abgehängt, alle müssen mitgenommen werden. Deshalb treten wir ein für den massiven Ausbau von Bus und Bahn sowie komfortable

und vielfältige Zubringer, insbesondere auf dem Land – öffentlich finanziert und ticketfrei. Und natürlich gilt es, auf lange Sicht den großen Bogen zu spannen: Autokonzerne müssen umgebaut werden! Statt weiter Profite auf Kosten des Planeten zu machen, müssen sie für die Gesellschaft nützliche Produkte wie Schienenfahrzeuge und Busse produzieren.

Damit wir uns weiterhin für eine sozial-ökologische Transformation nicht nur, aber auch im Verkehrssektor einsetzen können, sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Unterstütze uns bitte dabei!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**



Foto: Attac

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E. V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

R B F 2 3 0 3

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE